

Die „Freiheit“ erscheint morgens und nachmittags, an Sonn- und Festtagen nur morgens. Der Anzeigenpreis beträgt bei voller Belegung im Voraus für Groß-Berlin 1,50 M. im Voraus zahlbar. Für Postversand nehmen Deutsche Postanstalten Bestellungen entgegen. Unter Streifenbogen für Deutschland und Österreich 10.— M., für das übrige Ausland 12,50 M., zuzüglich Postzuschlag, per Brief für Deutschland und Österreich 12.— M. Redaktion und Expedition: Berlin SW. 6, Schiffbauerdamm 19 III. Fernsprecher: Amt Norden 833-36, 2805 und 2806.

Interessanten sollen die adreßlos. Anzeigenblätter oder deren Namen 1,20 M. zuzüglich 20% Lesungsvergütung, Familien- und Organisationsangelegenheiten die adreßlos. Anzeigenblätter 2,40 M. netto. Kleinanzeigen: Das festgedruckte Wort 1,15 M., jedes weitere 10 Pf. 85 Pf., zuzüglich 20% Lesungsvergütung. Illustrierte, Familien- u. Organisations-Anzeigen zahlen das festgedruckte Wort 1,45 M., jedes weitere Wort 85 Pf. netto. Inseraten-Abteilung: Berlin SW. 6, Schiffbauerdamm 19 Fernsprecher: Amt Norden 833-36, 2805-06, 2768

Freiheit

Berliner Organ

der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Wahlvorbereitungen.

Aufstellung der Kandidaten.

(Eigene Drahtnachricht der „Freiheit“.)
Leipzig, 19. April.

Unsere Leipziger Parteioffiziere haben am Sonntag, den 18. April, in einer Generalversammlung der Groß-Leipziger folgenden Genossen zu Kandidaten für die bevorstehenden Reichstagswahlen gewählt: Friedrich Geier mit 732 Stimmen, Seeger mit 696, Lieberich mit 609, Lipinski mit 590, Schilling mit 586, Frau Thiel mit 542, Kurt Geier mit 499, Schilling mit 438, Aßmann mit 395, Liebmann mit 389, Frau Wiethe mit 337 und Hans Bloß mit 236 Stimmen. Die Zahl der Mitglieder der Parteioffiziere beträgt jetzt mehr als 56 000.

Am Sonntag, den 18. April, fand in Halle ein Bezirksparteitag für den Agitationsbezirk Halle-Merseburg der U. S. D. statt. Nachdem der Genosse Roenen über die politische Lage referiert hatte, wurden für die bevorstehenden Reichstagswahlen nachstehende Parteigenossen als Kandidaten in folgender Reihenfolge aufgestellt: Fritz Kauer, Wilhelm Roenen, Bernhard Döwle, Gustav Raute, Marie Wadewitz, Paul Sauer, Julius Hildebrandt, Otto König, Anna Hübler, Paul Kürbs, Oswald Krüger. Für die Reichsliste wurden einstimmig nominiert die Genossen Kurt Geier und Wilhelm Breuning-Frankfurt a. M. Ferner wurde folgender Antrag angenommen: „Der Bezirksparteitag der U. S. D. des Agitationsbezirks Halle-Merseburg setzt sich als selbstverständlich von seinen parlamentarischen Brüdern voraus, daß sie sich nur als Beauftragte der Partei fühlen, daß sie also bei Differenzen irgend welcher Art auf Beschluß des Parteitagestages jederzeit ihre Mandate niederzulegen verpflichtet sind.“

Die Kandidaten verpflichteten sich schriftlich, nach diesem Beschluß zu verfahren.

Die Rechtssozialisten und der Wahlkampf.

In dem ersten Wahlflugblatt der U. S. D., „Vorwärts“-Beilage, betitelt, finden sich Stellen, die zeigen, wie die Rechtssozialisten den Wahlkampf zu führen gedenken. Ein Artikel „Der Kapp-Putsch und seine Lehren“ versucht ein knappes Bild von den Ursachen der nationalsozialistischen Erhebung und von der dadurch entstandenen Situation zu geben, was indes nur mangelhaft gelingt, weil schon in diesem Artikel damit begonnen wird, die Wahrheit

zu verdunkeln, die Schuld der Regierung Bauer sowie der eigenen Partei an dem Auskommen der Koalition zu vertuschen durch — verleumdende Angriffe gegen unsere Partei und durch alberne und irreführende Redensarten vom „Putschismus von links“ und von der „Diktatur des Räte-systems“. Einzelne Teile des Artikels, so ein Stück, das auf die Vorgänge im Ruhrgebiet eingeht, klingen, als seien sie dem ersten besten Heugel entnommen, von jener Sorte, die General von Seeckt in den ersten Tagen seiner Schreckensherrschaft in Meissen über Berlin abwerfen ließ. Und wenn das Bürgerturn wieder einmal Beweismaterial für seinen Kampf gegen die revolutionäre Arbeiterbewegung nötig hat, dann wird es aus diesem „Vorwärts“-Beilage schöpfen können.

„Diese neueste Erfahrung mit der Diktatur des Räte-systems“ müßte eigentlich auch dem letzten Arbeiter die Augen öffnen. Das arbeitende Volk, Hand- und Kopfarbeiter, bildet die ungeheure Mehrheit der Bevölkerung, und wenn es zusammenhält, dann muß es bei der bevorstehenden Reichstagswahl die Mehrheit gewinnen. Was aber mit dem Stimmzettel nicht gelingt, das wird mit Maschinengewehren und Handgranaten erst recht nicht gelingen. Die Wirkung bleibt da immer der gewaltigen Geradenwegs entgegengekehrt.

Wem unterstellt man hier in diesen Andeutungen die Absicht, Maschinengewehre und Handgranaten für Erreichung politischer Ziele in Anwendung bringen zu wollen? Niemand wird genannt, kein Beweismaterial wird beigebracht.

Deutlicher spricht Frau Juchacz in einem zweiten Artikel. Auch die redet viel von der Diktatur, von revolutionären Volksgewalten und ähnlichem. Und dann holt sie folgendermaßen zum Schluß aus:

„Aus all diesen Gründen kann ich nicht verstehen, wie Frauen anders wählen können, als sozialdemokratisch. Sie können nicht bürgerlich wählen, weil sie als Frauen für das gleiche Recht und für die soziale Gerechtigkeit sein müssen, sie können auch nicht unabhängig oder kommunistisch wählen, weil sie als Frauen die Gewalt verabscheuen und nicht wollen können, daß noch mehr Blut fließt.“

Hier wird offen gesagt, daß unsere Partei gemeint ist, wenn die Gefahr des Bürgerkrieges mit Maschinengewehren und Handgranaten an die Wand gemalt wird. Es ist gut, daß die Rechtssozialisten gleich zu Anfang des Wahlkampfes zeigen, mit welchen Methoden sie den Wahlkampf gegen uns zu führen gedenken, gut, weil dadurch von vornherein die nötige Klarheit geschaffen wird.

Im Übrigen halten wir den Hinweis des Blattes auf Lincoln-Treibisch für einen nützlichen Fingerzeig für die Polizei.

Politischer Wirrwarr in Ungarn.

H. N. Budapest, 19. April.

Die innerpolitische Lage beginnt sich zu klären. 28 hervorragende Abgeordnete haben sich vereint, um eine einheitliche Regierungspartei ins Leben zu rufen, was durch Vereinigung der Landwirtpartei und möglichen arbeitwilligen Elemente des christlichen Blocks erreicht werden soll. Es wird eine Aktion zur Gründung einer Koalition arbeitwilliger Elemente eingeleitet. Der christlich-nationaler Block und die Landwirtpartei werden in einem Aufruf der Dissidenten aufgefordert, auf Grund ihres Parteiprogramms gemeinsam eine Regierungspartei zu bilden, da die Regierung sowohl vom Gesichtspunkte der inneren wie der auswärtigen Politik eine arbeitwilligere Nationalversammlung braucht. Zu den Unterzeichnern dieses Aufrufes gehören — und das ist wohl das Interessanteste — der eben erwähnte Außenminister Teleki und der gewesene Innenminister Beniczky.

Von einer Klärung der innerpolitischen Lage in Ungarn läßt vorstehende Meldung nichts merken, eher von einem gesteigerten Wirrwarr. Die Gorthy, Puszar und Friedrich, die die revolutionäre Bewegung Ungarns in Blut und Nord erstickten, erweisen sich als unfähig, ihren großpropagandistischen Proklamationen von der Rettung der ungarischen Nation unter christlichem Banner die Taten folgen zu lassen.

Die Flucht aus der deutsch-nationalen Partei. Mit Herrn v. Kardorff haben auch die Abgeordneten Krenndt und Dewig ihren Austritt aus der deutsch-nationalen Volkspartei und ihren Uebertritt zur Deutschen Volkspartei vollzogen.

Die schwedische Regierung gibt keine Auskunft. Es wird gemeldet, daß die schwedische Regierung für Kapp das Asylrecht zur Anwendung bringen und über seine Verhaftung nachdenken wird.

Das neue Reichswahlgesetz.

Das am 30. November 1918 von dem „Rat der Volksbeauftragten“ erlassene Gesetz für die Wahlen zur verfassunggebenden deutschen Nationalversammlung bedeutete gegenüber dem früheren Zustand einen erheblichen Fortschritt. Durch die Neuordnung der Volksbeauftragten vom 12. November 1918 war jedoch den Frauen das Wahlrecht verliehen, als auch das Wahlalter auf das 20. Lebensjahr herabgesetzt worden. Diese Maßnahmen, in Verbindung mit dem Proportionalwahl-system und einer gerechteren Wahlkreiseinteilung, fanden in dem Gesetz Ausdruck und brachen mit dem Zustand, der von dem Kriege zu wiederholten Malen Anlaß zu den großen Wahlrechtskämpfen und Wahlrechtsdemonstrationen der Arbeiterbewegung gegeben hatte. Dem Wahlgesetz vom November 1918 hafteten natürlich noch erhebliche Mängel an, wie sie eben jedem Provisorium eigen sind.

Der erheblichste Mangel dieses Gesetzes und der mit ihm verbundenen Wahlordnung vom 30. November 1918 war der — trotz der Anwendung der Verhältniswahl — nicht rechtliche Verbrauch der abgegebenen Stimmen. Durch den Entwurf des neuen Reichswahlgesetzes, der der Nationalversammlung kurz vor ihrem Schluß vorgelegt worden, und dessen Beratung in der Kommission jetzt fast beendet ist, soll diesem Mangel abgeholfen werden. Diese Absicht wird durch die §§ 7—30 fast restlos erreicht.

Was besagen nun die angezogenen Paragraphen des Gesetzesentwurfes? Durch den § 7 soll eine völlig neue Einteilung des Reiches in Wahlkreise vorgenommen werden. Da das aber bei der kurzen Spanne Zeit, die uns von den Neuwahlen trennt, nicht möglich ist, so wird nach einem Beschluß des Verfassungsausschusses für die bevorstehenden Neuwahlen davon Abstand genommen werden. Denn ganz abgesehen von der in der kurzen Zeit bis zu den Neuwahlen nicht zu bewältigenden Arbeit für die behördlichen Organe wäre es auch den Parteien nicht möglich, eine Neugestaltung ihrer Organisationen nach völlig veränderten neuen Wahlkreisen vorzunehmen, und — was noch bedeutend schwieriger wäre — mit diesem völlig neuen und uneingeübten Apparat einen Wahlkampf zu führen. Der Beschluß des Verfassungsausschusses, die bevorstehende Wahl nach der Wahlkreiseinteilung von 1919 vorzunehmen, ist deshalb lediglich aus diesen Gründen durchaus richtig.

Der § 7 besagt aber ferner, daß die neue Wahlkreiseinteilung nach der Maßgabe vorzunehmen sei, daß ihrer Gesamtzahlentsprechend entprechend in der Regel auf einen Wahlkreis vier Abgeordnete entfallen; mindestens drei solcher Wahlkreise können zu einem Verbandswahlkreise oder, wie es nach der Beschlußfassung des Verfassungsausschusses heißt, zu einem Wahlkreisverband zusammengefaßt werden.

Das Ausschählen der Stimmen soll gemäß den §§ 26—29 in folgender Form erfolgen: Hat in einem Wahlkreise der Kreiswahlvorschlag — zu deutsch die Liste — einer Partei 60 000 Stimmen auf sich vereinigt, so wird ihr ein Abgeordneter, bei 120 000 Stimmen werden ihr zwei Sitze und für jede weitere 60 000 abgegebenen gültigen Stimmen ein weiterer Sitz zugesprochen.

Das Zusammenfassen von Wahlkreisen zu Wahlkreisverbänden bietet den folgenden Vorteil: Es wird nie eintreten, daß ein Kreiswahlvorschlag die glatte Zahl von 60 000 bzw. 120 000 oder gar 180 000 Stimmen auf sich vereinigt, sondern es wird entweder ein erheblicher Ueberfluß vorhanden sein oder eine effektive Zahl fehlen. Nehmen wir einmal an, drei Wahlkreise sind zu einem Wahlkreisverband vereinigt, ein Wahlkreisvorschlag hat 78 000 Stimmen aufgebracht, der Vorschlag derselben Partei in einem andern Wahlkreis 135 500, im dritten Wahlkreise endlich hätte diese Partei aber nur 42 000 Stimmen auf sich vereinigt, dann würde sich bei der Berechnung folgendes Resultat ergeben: Im ersten und zweiten Wahlkreise hat die Partei einen Ueberfluß von 18 000 bzw. 15 500, zusammen also 33 500 Stimmen. Diese würden aber zusammen mit den 42 000 Stimmen aus dem 3. Wahlkreise, die zu keinem Kandidaten mehr reichen, die Summe von 78 500 Stimmen ergeben. Die Partei bekäme also erstens einmal innerhalb des Wahlkreisverbandes einen Kandidaten und hätte außerdem noch einen Ueberfluß von 15 000 Stimmen.

Da in dem Entwurf neben Kreis- und Verbandswahlkreisen auch ein Reichswahlvorschlag vorgesehen ist, der den Ueberfluß von Stimmen dieser Art noch aufzuarbeitet, so kann wohl mit Recht von einem fast restlosen Erfassen aller Stimmen gesprochen werden.

Die unvollständige Lösung hat Unklarheiten über die

Der Agent der Gegenrevolution.

Der Leitartikel des „Berliner Tageblattes“ vom Montag enthält folgende bemerkenswerte Stellen:

„Ingoßischen bewegt sich ein Kapp-Agent, Herr Lincoln-Treibisch, ungarischer Jude, Katholik und ehemaliger Wikar der englischen Hochkirche, ehemaliger englischer Abgeordneter, Spion und verurteilter Schieber von vielen Gnadens, ungeführt in den Gassen der Berliner Hotelpaläste — seinen Bekannten leicht erkennbar und nur ein bißchen anders frisiert. Personen, die ihn so trafen, erzählten, daß er sich schwungvoll über die bolschewistische Erhebung äußerte, die man herbeiführen müsse, und die dann zum rettenden militärischen Gegenpuß führen werde, und sie erzählten auch, Herr Lincoln-Treibisch sei bei solchen Gelegenheiten stets von andächtig lauschenden Offizieren umringt.“

Hier wird deutlich gezeigt, wo die angeblich „bolschewistischen“ Erhebungen nicht nur gewünscht, sondern bewußt provoziert werden: Lincoln-Treibisch, dessen Qualitäten der Artikel des „Tageblattes“ eingehend schildert, umgeben von andächtig lauschenden Offizieren, bilden das Zentrum, um das sich weitere Kreise ähnlicher gemeingefährlicher Zeitgenossen scharen, die zwar nicht öffentlich in den Berliner Hotelpalästen, aber dafür umso eifriger im Hintergrunde an demselben Stränge ziehen. Spionagemache, um einen Vorwand für blutige militärische Gewalt und nationalsozialistische Erhebungen zu finden, das ist der Mordplan aller Schauerromane von einer „bolschewistischen“ Gefahr. Das ist es, worauf Kasse stets hineingefallen ist. Und es ist nicht ohne Wert, daß das „Berliner Tageblatt“ das einmal eingesehen hat, was indes die bürgerliche Presse nicht hindern wird, morgen schon wieder alle Geschichten wiederholen zu versuchen, bis aus solcher trübten Quelle kommen

Sach, daß die Parteien selbstverständlich auch unter Umgehung des Einreichens von Wahlrechtsvorläufen gleich zur Einreichung von Verbandsvorläufen schreiten können. Dies ist nach Beschlussfassung des Ausschusses in der Form beibehalten, daß den Parteien das Recht zusteht, in der bereits oben geschilderten Weise eine Summierung der überflüssigen Stimmen in drei oder vier zusammenfassenden Einzelwahlkreisen vorzunehmen.

Der Entwurf enthält aber neben diesen durchaus akzeptablen Paragraphen im § 2 eine Bestimmung, die die schärfste Kritik herausfordert. Der Absatz 3 dieses Paragraphen beraubt die Soldaten während der Dauer ihrer Zugehörigkeit zur Wehrmacht des Wahlrechts. Man wird sich beim Lesen dieser Tatsache in Erinnerung an die Greuelthaten und Bestialitäten der entmenschten Soldateska während der letzten Tage eines gewissen Gefühls der Befriedigung nicht erwehren können. Wohl mit diesem Gefühl der Befriedigung kommen wir im Moment auch nicht einen Schritt weiter. Wir müssen uns bei der Beurteilung dieser Angelegenheit von wesentlich anderen Gesichtspunkten leiten lassen. Rein rechtlich betrachtet bedeutet dieser Wahlrechtsraub an den Soldaten eine Degradierung von mehr denn 100 000 Menschen zu Staatsbürgern zweiter Klasse. Und warum? Nun ganz einfach, weil man glaubt, durch die politische Entziehung auch jede politische Mitwirkung von ihnen fernhalten zu können, und weil man hofft, daß die an Drill- und Kadavergehorsam, gemöhnten Truppen nur solange ein williges Werkzeug in der Hand der reaktionären Offiziere sein werden, als sie sich um die politischen und wirtschaftlichen Vorgänge um sich herum nicht zu kümmern brauchen.

Zu diesem Thema werden unsere Vertreter im Parlament bei der Ausgang dieser Woche beginnenden Beratung des Gesetzes im Plenum der Nationalversammlung wohl noch ein recht deutliches Wort der Kritik zu sagen haben.

Die Haltung des Generals Maercker während der Putschtage.

In einem Artikel der „Vossischen Zeitung“ vom 1. April wurde die Behauptung aufgestellt, daß sich der fraktionsvorsitzende der Deutschen Volkspartei Dr. Heinke, nach Ausbruch des Kapp-Putsches sofort der alten Regierung zur Verfügung gestellt, ihr in Dresden ein fidesches Obdach beschafft und wesentlich dazu beigetragen habe, daß General Maercker den Befehlen der Putschisten in Berlin nicht nachkomme. Die rechtssozialistische „Dresdener Volkszeitung“ widerlegt diese von der bürgerlichen Presse weitergegebene Behauptung und macht dabei interessante Mitteilungen über die Vorgänge in Dresden, die ein bezeichnendes Bild auf die gescheiterte Haltung des Generals Maercker werfen:

„Als Herr Dr. Heinke die Minister Dr. Koch und Geßler zufällig im Eisenbahnzug getroffen hatte, am 18. März nach Dresden kam, führte er die Herren merkwürdigerweise nicht zur Regierung Grabow, wie das wohl notwendig gewesen wäre, sondern zum General Maercker. Der aber hatte bereits Befehl von den Hochverrätern in Berlin, sie sofort zu verhaften. ... Koch um 11 Uhr am Sonntag vormittag wußte niemand genau anzugeben, wie eigentlich General Maercker zu den Hochverrätern stand! Im diese Zeit erklärte er auf die Frage eines Ministers, daß Rütow sein direkter Vorgesetzter sei, und erst nach langen Verhandlungen gab er wenigstens die Erklärung ab — nicht daß er Verfassung und Eid fühle, sondern daß er — nichts gegen Verfassung und Regierung unternehmen würde! Mehr als dieses negative Bekenntnis hat er überhaupt nicht abgelegt, so daß es erklärlich war, wenn seine Offiziere eine lauwarme Neutralität bewiesen. Diese schwankende Haltung hat das Mißgeschick auf dem Putschtag beschleunigt!“

Diese Ausführungen des rechtssozialistischen Blattes beweisen wieder einmal, wie weit die regierungstreue Haltung des Generals Maercker reichte. Das es auch kein, daß er an den Vorbereitungen des Putsches nicht direkt beteiligt war, so hat er doch allein durch seine abwartende Haltung seinen Eid verletzt und die durch die Verbrecher geschaffene Lage weiter kompliziert.

Die Frau ohne Schatten.

Erkaffung in der Staatsoper.

Richard Strauß hat den Jenk seiner Bedeutung überhöhen, er steht mit seinem letzten großen Schöpfung und Leberwerk, der „Frau ohne Schatten“ im Abendrot des Verfalls. Dem „gewaltigen Vorwärtsschritt unserer Zeit“ vermochte er schon lange nicht mehr zu folgen; mit seiner letzten Schöpfung, dem offenbar belaudeten, hilflos-schmerzlichen Zurückgewand über sich selbst (Aria, Adagio), Dreiklangmodulation, veraltetes Verweilen in der Konart) schließt sein Werk für die Entwicklung und damit für die Geschichte ab. Nicht nur die melodische Erfindung und Linienführung hat jede gewinnende Ausdruckskraft und innere Notwendigkeit verloren, sondern auch die einstige Klanggewalt des Orchesters mit seiner instrumentalen Pracht und seinem sinnlichen Reiz. Die aufgedehnten Bruchstücke zu einem selbstgerechten, ansehenden, wenig aber nichts sagenden Graubild, zu einer unruhigen, farblosen, verflüchteten. Der ungeheure Techniker und Beherrscher der Struktur vermag nicht eine Generation zu werden, die nach innerer Wahrschicklichkeit strebt.

In der raffinierten Opernhaftigkeit des Textbuches liegt das naive, ohrenfüllige Verlangen aller musikalischen Potens in dieser Oper begründet. Das Gedankliche in der Posmannschischen Dichtung: Mutterchaft, Fortpflanzung, Menschentum und Menschlichkeit verliert sich gänzlich bei der gesanglichen Bühnenbearbeitung; kullissenhafte Neuhellichkeit beherrscht die Dichter. In langweiligsten Verwandlungen und allerhand Fabelspinn, der nicht romantisch-märchenhaft oder mythisch wirkt, sondern nur zusammengebrochen und verworren, vertritt sich die Handlungsarmut, selbst des ganzen Werkes: Der Kaiser muß verstehen, wenn seine Gattin aus dem Reich der Gestirne nicht den Schatten der menschlichen Fortpflanzungsfruchtbarkeit wirft. Der zeitliche Gehalt wird nebenflüchtiges Mittel, der Musik eröffnen sich die erdenklichsten Möglichkeiten. Strauß, im Stadium erfindungs- verlassener Deliranz vermag sie nicht zu nutzen.

Wie in der Dichtung die verschiedenen Gedankenwelten konzentrieren in der Vertonung die entgegengesetzten Stille. Vorherrschend ist musikalisch die agreste Tendenz, die bis zu Weber, Mendelssohn und Mozart zurückweist und sich zu seiner reipollen Eigenliebe wie in der „Ariadne“ aufschwingt. Im Panatismus nach Kantilene erweisen sich Motive zu Melodien

Es ist notwendig, daß gegen diesen Mann, der nur vorläufiger als die Verträge Putschisten war, wenigstens wegen Begünstigung mit den schärfsten Mitteln vorgegangen wird.

Die Eibbrecher.

In einer Polemik gegen den „Vorwärts“-Redakteur Kuttner schreibt ein Reichwehroffizier in der „Post“, daß ein Eid in republikanischer Fassung, ein Eid ohne Anrufung Gottes die Reichwehroffiziere anwidere. Sie könnten die feierliche Vereidigung wirklich nur als tragikomisch bezeichnen. Man weiß bei diesen Herren nie, wo man ist, nämlich wenn man ihre Kusfwörter hört. Sie sind verfassungstreu, das betonen sie zum Lieberdruß. Der Eid auf die Republik ist doch aber auch eine verfassungsmäßige Handlung. Es ist zum Ergötzen, wie diese echten deutschen Männer und Jünglinge, die mit den Worten: „Gerechtigkeit, Geduld, männliche Treue“ nur so jonglieren, sich kläglich abmühen, die Öffentlichkeit über ihre wahren Gesinnungen und Absichten hinwegzuführen. Im selben Kiemung enthält der artikelstrebende Reichwehroffizier aber feine und seiner Kameraden doppelte Moral, indem er schreibt:

Wir Reichwehroffiziere hätten einen von langer Hand vorbereiteten Putsch gegen die Regierung nicht mit unserem Gewissen und unserer Eidespflicht vereinbaren können und würden ein bewaffnetes Vorgehen abgelehnt haben; als wir aber vor vollendeten Tatsachen standen und die Felder vom Bombardement 1918 sich gesättigt hatten, tatsächlich also keine Regierung bestand, waren wir als Soldaten gezwungen, unseren Vorgesetzten Gehorsam zu leisten.

Das bedeutet also, daß man ruhig den Eid bricht, wenn der Boogeseite es will. Der Eibbruch ist für die Offiziere der Reichwehroffiziere keine moralisch verwerfliche Handlung. Sie würde den Tag mit hellem Jubel begrüßen, an dem sie dies offen erklären können. Einer ihrer Besten, der sappistische Oberst von Ledebour, der von den Hamburger Arbeitern in den Kapplagen sein Teil bekam und sei Recht und Rebel schlachten mußte, erklärt in einem Brief: „Wenn es sein muß, breche ich von 8 bis 9 Uhr alle Eide, die ich von 7 bis 8 Uhr geschworen.“

Hier haben wir den Geist, der einen großen Teil der Reichwehroffiziere und Sicherheitspolizeioffiziere erfüllt. Jeder einfache Arbeiter, der mit dem Unternehmer in Differenzen gerät, die sich nicht beilegen lassen, schneit sein Bad und geht. Die Herren Offiziere, die Himmel und Hölle gegen die Revardnung Deutschlands in Bewegung setzen, verzeihen ruhig das Geld derselben Regierung, an deren Seite sie unabhässig arbeiten. Muß man noch sagen, auf welcher Seite die moralischen Grundfragen einer besseren Zukunft ruhen?

Der Dant für die Verfassungstreue.

Beim Reichwehrojäger-Bataillon 17, Abschnittleitung Major Grube, in Schlawa in Pommern, hatten am 15. März die Mannschaften einen Aufruf erlassen, wonach sie sich auf den Boden der Verfassung und der alten Regierung Bauer-Rolle stellen. Als die konterrevolutionären Truppen unter Führung eines Hauptmanns Massenbach den Versuch machen wollten, das Lager zu besetzen, nahmen sie ihren Offizier gefangen und erklärten, das Lager unter allen Umständen zu verteidigen, wenn es angegriffen werde. Nach Verhandlungen erklärte Hauptmann Massenbach ehrenwörtlich, daß ein Angriff unterbleiben solle. Trotzdem wurde das Lager mit Artillerie beschossen, worauf sich die im Lager befindlichen Truppen mittels Flinzenwerfer verteidigten. Erneute Verhandlungen brachten das Ergebnis, daß die konterrevolutionären Truppen unter Umgehung des Lagers den Ort verließen, wogegen die Besatzungstruppen sich bereit erklärten, die gefangenen Offiziere wieder in Freiheit zu setzen.

Nach dem Sturz der Kapp-Regierung wurden durch die Offiziere die Unterzeichner des Aufrufs sowie noch einige Unteroffiziere und Mannschaften verhaftet. Auf eine telegraphische Befehlsverbe der Stadterordnetenversammlung erfolgte die Freilassung der gefangenen Mannschaften. Dem Verlangen, die konterrevolutionären Offiziere ihres Amtes zu enthellen, wurde nicht entsprochen, dagegen wurden die Mannschaften und Unteroffiziere, die sich hinter die Regierung Bauer-Rolle gestellt hatten, zu einem anderen Truppenteil verlegt. Dort hatten die Angehörigen der 4. Komp. erklärt, sobald die Betroffenen ankommen, so tötlich zu wollen. Die Betroffenen haben nunmehr ihre Entlassung genommen.

(Die immer wiederkehrende Melodie der Gattenliebe) und verleben dadurch die Intensität an Charakterisierungsschärfe. Dieser Mangel misstaltet den App der Kunst, deren metaphysische Höhe trotz starker Elektro-Anlehnung zu keinem Apollonstra-Bestand ausgeprägt sind. Die Darstellung hätte trotz dessen manche Gewandigkeit herauszuschneiden können, wenn sich Karin Drangell nicht nur auf gesanglicher Bewältigung abgemüht, sondern im schauspielerischen Brennpunkt die Rolle eracht hätte. Die packendsten Momente, in denen die Schöpferkraft des Meisters in aller Reipränglichkeit und Größe aufleuchtet, liegen zweifellos im zweiten Akt. Natürlich und eigen hallen sich hier erschütternde Eindrücke zusammen — erdicht von allem Erlösungsphatos, das die Handlung banalisiert und beugt, frei von allem Wagnerianismus, der häufig im Stiefelhornern, Widlungen, posajunen, Werbe-Komationen und Botan-Erda-Permon! einen so vernichtenden Raum in dem Werke einnimmt. — Die Kemp als Hürdenweib überstieg alles bisperige Grobhartig in eigener Siegfriedigkeit ihrer unbegrenzten Stimmlichkeit, auch schauspielerisch war sie hervorragend. In der Gestalt Barals, des Härbers von Kempfer mit schmelzenden Wohlmut und behätiger Güte durchsetzt — im Chor der Wächter und bei zahlreichem andern Gelegenheiten sinkt der Meister der „Domestic“ in keinem Befreien nach Einfachheit und Volkstümlichkeit in die Niederungen altgriechischer Trivokalität hinab. Kaiser (Gutz) und Kaiserin (Frau Drangell) hätten sich mit eher lyrischen Ausdrucksfähigkeit in den ersten Akten der Meister vor hundert Jahren in einem vollbütigen Melos tummeln können als in den nachgehommenen französischen Konstruktionen. Die Stimme des Falten, der den ganzen ersten Akt musikalisch durchlagte, zeigt eine liebevolle Naturbeobachtung und wurde in seiner Realität von Fr. Oansa mit besonderer Stimmgestaltung durchdringend wiedergegeben. — Eigenlich liegen sich trotz anerkannter verletzten Müheaufwandes der Regie und Bühnenmalerei nicht alle Anforderungen phantastischen Verwandeln restlos bewältigen.

Fritz Frid-Windisch.

Antigone.

Hafenclebers Umbildung im „Großen Schauspielhaus“.

Der zweieinhalbstündige Jahrschrieb der griechische Tragiker Sophokles seine „Antigone“. Und sie hat heute noch mehr Jugend und Leben als viele andere Dramen des klassischen Alter-

Ein angebliches Komplott in Bayern.

Die Reaktion in Bayern sucht nach Rechtfertigungsgründen, die ihre reaktionären Regimente und ihre drakonische Haltung gegenüber den Festungsgefangenen rechtfertigen sollen. Aus München wird deshalb eine Meldung verbreitet, daß in der oberbayerischen Festungsbastion Niederbühlensfeld an der Donau ein politisches Komplott der Linkenradikalen aufgedeckt sei, an der Spitze sam, Toller und andere Führer der Münchener Arbeiterrepublik beteiligt seien.

Gräßliche Menschen werden dieser Meldung laum Mauben beimeßen. Auch wir erwöhnen sie nur, weil sie geeignet ist, ergeigen, welcher Mittel sich die Reaktion bedient, um die öffentliche Meinung für sich einzunehmen.

Eine Konferenz von Festungsbetriebsräten im Ruhrgebiet.

Am Freitag fand in Wattencheid, wie berichtet wird, eine Konferenz von Festungsbetriebsräten statt, an der auch ein Ausschuh der Verbandsmächte, bestehend aus englischen, französischen und italienischen Regierungsvorstreitern, teilnahmen, der von Köln aus das Ruhrgebiet bereist, um aus eigener Anschauung ein Bild über die dortigen Lebensmittellieferungen zu gewinnen. Die Verbandsvertreter erklärten, daß sie von der Kollage im Ruhrbezirk sich überzeugt hätten und bei ihren Regierungen vorstellig werden wollten, um eine bessere Belieferung des Ruhrbezirks mit Lebensmitteln und auch mit Textilwaren zu erwirken. Der französische Vertreter hob bei dieser Gelegenheit hervor, daß vor allem die deutsche Kohlenlieferung nach Frankreich nicht ins Stocken geraten dürfe.

England und Rußland.

Kopenhagen, 19. April.

Einem Telegramm aus Kopenhagen zufolge meldet die „Brandab“: Das englische Ministerium des Auswärtigen hat an den Botschaftsminister für auswärtige Angelegenheiten Tschischerin ein Telegramm gesandt, worin die englische Regierung fest zugeht, daß Denkin endgültig geschlagen ist. In dem Telegramm wird die Regierung aufgefordert, um weiteren Untersuchungen ein Ende zu machen, die militärischen Operationen in Sibirien einzustellen, sowie eine allgemeine Amnestie zu veröffentlichen.

In seiner Antwort erklärt Tschischerin, daß die Verpflichtungen Englands gegenüber dem zaristischen Rußland mit der Niederlage Denkins aufgehört hätten. Zwischen Rußland und England müßten nun neue Beziehungen angeknüpft werden.

Denkins Kalkulation.

London, 18. April. (Reuter.)

Obgleich Denkin bei seiner Ankunft in London von einem Vertreter des Kriegsamtbes empfangen wurde und morgen das Kriegsamt besuchen wird, wird amtlich erklärt: daß dem Besuche des Generals in England politische Bedeutung nicht beigemessen wird.

Stadtratswahl in Braunschweig. Bei der gestrigen Wahl eines besetzten Stadtrats durch das Volk hatten zum ersten Male seit dem Ausbruch der Revolution die sozialdemokratischen Parteien Braunschweigs vereint, geschlossen dem Kandidaten der Unabhängigen, Arbeitersekretär Westmeier, ihre Stimmen zu geben. Die bürgerlichen Parteien traten einmütig für den Kandidaten der Stadterordnetenversammlung, Stadtrat v. Bienenburg, ein. Er wurde mit 2740 Stimmen gegen 21100 Stimmen der Sozialdemokraten gewählt.

Verstärkung der Besetzungsmassnahmen im Rheinland. Die internationalen Rheinlandkommission verbietet zur Sicherheit der Besetzungstruppen und wegen angeblicher Ausschreitungen gegen die Besetzungstruppen bei Rundgebungen am 17. April die Abhaltung von Versammlungen politischer oder sonstiger Natur bis zum 17. Mai, sowie Ansonstungen von mehr als fünf Personen. Die öffentlichen Lokale, Theater usw. sind während einer Woche um neun Uhr abends zu schließen.

Die Lebensmittelversorgung in England. Die „Labour Gazette“ stellt fest, daß der Lebensmittelverbrauch am 1. April 1920 122 d. B. mehr kostete als im Juli 1914 für die gleiche Quantität und Qualität.

tums. Vor vier Jahren schrieb Walter Hasencleber seine „Antigone“. Er wollte keine bloße Uebersetzung geben, sondern eine Umbildung. Es wurde eine poetische Anlehnung und Anlehnung. Er rüh das Werk zum großen Teil aus seinem griechischen Zusammenhang heraus, und weil es zeitlos im ewig Menschlichen wurzelt, stellt er es wach in unsere Gegenwart hinein. Es trägt die Merkmale des Kriegsprodukts, es dröhnt und lärm mit etwas übertriebenem Aufwand, und es erscheint uns heute zwar zeitgemäß, aber in höherem Sinne bereits vergangener und veralteter als das Werk des Sophokles in seiner klaren und erhabenen Größe. Dennoch bleibt es zu hören als ein Schrei in die Nacht des Grauens und Nordens, als ein Aufruf zur Menschlichkeit, als ein politisches Plakat für Freiheit und Volkstümlichkeit. Mit bewußter Historienwidrigkeit mengt es hilflos die Zeiten: christliche Töne werden im alten Thesen laut, Kronen, der Eroberer der Nacht im verfluchten Hause des Oedipus trägt wilhelminische oder auch ludendorffische Züge. Das Volk der Befreierten, bis auf Blut Gepensigten und Ausgefogenen, groß „antikapitalistisch“ gegen die herrschenden Reichen. Die antiken Töne sind zu vereingelten Stimmen aufgelöst und man vermischt manches herrliche Wort; selbst Antigones schönstes und unsterbliches Bekenntnis „Nicht mitzubassen, mitzulieben bin ich da“, sind in der Modernisierung unterschlagen. Aber die Liebe als iltiges Prinzip ist auch in Hafenclebers pamphletisch gearteter Dichtung wirksam, zwingt den Tyrannen nieder, reißt feindliche Kauern ein, stürzt Kronen und Paläste und grüßt den neuen Tag, auf den wir warten, für den wir kämpfen.

Die gestrige einmalige Sonntagmorgens-Aufführung in Reinhardts Großem Schauspielhaus gab dem dröhnenden Werk etwas verpöht den angemessenen Rahmen. Karlheing Martins Regie arbeitete mit den in der Arena jetzt schon geläufigen Mitteln, die in der Massenensistung nur manchmal zu sehr an Ringkämpfergruppen und olympische Spiele gemahnten. Den Raum beherrschte Emil Jannings ins maßlose gesteigerte Kraftgebende, die aber von härtester Innerlichkeit geschnitten war. Unter diesen Posajunenstößen vergitterte und verblöhte die etwas müde Stimme der Antigone Gertrud Esholds über Gebüh. Die Gestalt dieses opferwilligen Gefühls der Liebe verstand im Schatten des Tyrannen. Rosa Bertens Gurnibild wirkte stärker als Margarete Christiana Jansen, und von den Männern ragten Paul Lange, Schweikart und Reibert Wälscher aus der Renne hervor. Der Vorfall war groß.

R. B.

Der Haß gegen den Militarismus.

Die Wälle von Haß und Lüge, die der Krieg zwischen den Völkern aufgerichtet, beginnen allmählich zu verschwinden. Trotz des Widerstandes der imperialistischen und militaristischen Kreise, die an der gegenseitigen Verhöhnung der Völker interessiert sind, beginnt man in allen Ländern die Verhältnisse bei den bisher feindlichen Nationen objektiv zu beurteilen, — objektiver mitunter als dies in den betreffenden Ländern selber der Fall ist.

Ein interessantes Beispiel dafür bietet die linksliberale englische Zeitschrift „The Nation“, die in ihrer Ausgabe vom 10. April unter der Ueberschrift „Die Verhängung des Anti-Militarismus“ den Knapp-Butsch und seine Folgen in Deutschland schildert. Sie schreibt über den Generalfreistreit:

„Es geschah nicht der Regierung zuliebe. Als Ganzes erwiderte die Regierung wenig oder gar keine Begeisterung in irgend einem Lager. Das deutsche Volk lehnte sich den Entbehrungen und Gefahren eines Streiks aus, wohl wissend, daß es mit dem Hunger und den Maschinengewehren der Reaktion zu rechnen hatte. Dies geschah aus einem leidenschaftlichen Motiv heraus: seinem Haß gegen den Militarismus oder, vielleicht besser: gegen die Militärkaste. Die Männer, die es tadelt, guerist für den Krieg und dann für den vernichtenden Frieden, die Männer, die es während anderthalb Jahren beinahe unaufhörlichen Kriegszustandes eingeschüchelt hatten, machten jetzt den Versuch, die Republik zu zerstören (obgleich sie noch nicht wagten, diese Absicht offen zu gestehen) und die Herrschaft der Junkerläse zurückzuführen und die kommende Woche vorzubereiten. Wenn wir wissen wollen, was das deutsche Volk wirklich von dem Militarismus hält, was es denkt, in seinem innersten Sinne, ohne die Hilfe von Medien und Zeitungsleuten, die es führen sollen, wir wissen es jetzt. Seine Abstinenz hätte halb so bedeutsam sein können, denn Abstimmungen werden nicht erkaufte durch Hunger, Lohnverluste und die Gefahr, an die nächste Wand gestellt zu werden.“

„Mit Recht unterstreicht das englische Blatt die Tatsache, daß die breiten Massen des deutschen Volkes, vor allem in Preußen, entschlossene, ernste, tätige Gegner des Militarismus sind, wie kein anderes Volk in Europa, ausgenommen die Oesterreicher, es heute ist. Doch sein Sieg über den Militarismus wurde, wie „The Nation“ schreibt, kompromittiert und gefährdet durch die nachfolgenden Ereignisse, die niederdrückend wirken.“

„Vierzehn Tage nach dem Siege über den Militarismus finden wir ein großes deutsches Heer unter den Befehlen einer halbsozialistischen Regierung in einem Unterdrückungs-Kampf gegen Arbeiter eingeseht, deren Vergehen zu ihm scheint, daß sie zu eifrig waren, vielmehr zu bereit mit ihren Händen in dem Kampf gegen die meuternde monarchistische Soldateska. Ferner finden wir Frankreich zwei Wochen, nachdem es die Gewissheit erlangt hat, daß das solange gefürchtete und beargwöhnte deutsche Volk von seinem beschränkten Militarismus geheilt ist, wie es mit brutaler Strenge gegen es vorgeht und mit Tanks und Kavallerie und Kriegsgeschützen und wilden schwarzen Truppen Städte jenseits des Rheins besetzt, in denen während der ganzen Krise vorbildliche Ruhe herrschte. Tatsache ist, daß man in ganz Deutschland der Verhöhnung, die für die äußerste Linke sehr groß gewesen sein muß, den Streit für revolutionäre Zwecke auszunutzen, widerstand. Niemand forderte Sowjets. Niemand erklärte die Diktatur des Proletariats. Dies geschah nicht einmal in schiffischen Städten, wo die Arbeiter bewaffnet waren und die rebellischen Truppen schlügen. War es anders im Ruhrgebiet? Die ersten Nachrichten, alle indirekt und die meisten über Holland gekommen, erzählten uns, daß eine Sowjetrepublik ausgerufen worden sei, daß ein Hundert russischer Offiziere die Führung habe, daß ein ausgearbeitetes Komplott bestände, das von Moskau diktiert sei.“

„All dies war dummes Gerede. Soweit wir es erschließen können, bestand die sog. „rote“ Armee aus den Massen der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter in diesem dichtbesiedelten Industrie- und Bergbaugebiet. Die meisten von diesen sind gewöhnliche Sozialisten, aber viele sind Katholiken (gruppenweise zusammengelagert in besonderen Gewerkschaften), während wenige, wie glauben, sehr wenige, Kommunisten sind. Sie hatten ihre besten Gründe, wenn sie die Truppen von Bergen hielten, mehr als die Masse der Arbeiter, und sie dachten, daß eine bewaffnete Anstrengung besser sei als ein Streik. Sie richteten keine Sowjetrepublik auf, sie enteigneten oder belästigten das Bürgertum nicht. Sie hielten gute Ordnung und erschossen sogar Mörder. Sie scheinen gleichwohl keine energischen Führer gehabt zu haben, und die wenigen Kommunisten gerieten wie gewöhnlich bald mit dem Hauptteil in Streit. Zweimal wurde eine Vereinbarung getroffen: in den sogenannten Abmachungen von Völsfeld und Rünster. Die „rote“ Armee willigte selbst in ihre Entwaffnung ein, aber sie bestand darauf, daß die regulären Truppen nicht einmarschieren. Dies sollte der Sicherheitswache überlassen bleiben. Der Grund war, daß sie zu gut die Gewohnheiten der Soldateska kannte und erwartete, daß sie ihre eigenen Niederlagen in einem weichen Schreden rächen würde. Außerdem erklärten die „Roten“ (wenn wir diesen ungereimten Ausdruck anwenden sollen), sie hätten den urkundlichen bei den Truppen vorgefundenen Beweis, daß General Watter, der Befehlshaber des regulären Heeres, selbst in den Knapp-Butsch verwickelt war. Wir wissen nicht, ob diese Urkunden echt und entscheidend sind, aber der Glaube, daß sie es sind, erklärt die Haltung der Arbeiter im Ruhrgebiet. Beide Seiten mögen zu tadeln sein, aber es sieht so aus, als ob weder die Regierung, noch General Watter versucht hat, die Abmachungen zu halten. Die Truppen sind im Vormarsch, und man sagt, es hätten schwere Gefechte stattgefunden. Truppen von zweifelhafter Ergebenheit gegen die Republik haften jetzt auf Geheiß der Republik Arbeiter nieder, die sich erhoben hatten, um sie zu verteidigen.“

Ganz klar erkennt „Nation“ die Kräfte, die am Werke sind, die alte Front gegen die Arbeiter wieder herzustellen. „Es wäre vorzuziehen, in dieser Entfernung und an der Hand so hervorragender Nachrichten ein sicheres Urteil zu fällen. Wir sollten versuchen zu glauben, daß Kanzler Müller durch Verwirrung und Mißverständnisse in dieses augenscheinlich unnütze Wühlbad hineingeraten ist. Aber eine andere positivere Tendenz ist am Werk gewesen. Die alte regierende Klasse hat von Anfang an das Gespenst des Bolschewismus verwendet, um Tragödien wie diese herbeizurufen. Die Lügen (wie sie als Lügen durch alle Augenzeugen in dem Bezirk) über den russischen Charakter der Ruhrbewegung wurden mit einem bestimmten Ziele in Umlauf gesetzt. Die Militärpartei hat ihre Rache vorbereitet. Sie will versuchen und zeigen, daß die Regierung sie nicht hat. Das ist das alte

Vollwerk gegen die „rote“ Gefahr. Ihre Kräfte dürfen nicht entlassen oder entwaffnet oder der Zahl nach vermindert werden. Sie hat eine ganze Maschine für die Propaganda solcher Ideen, die über unbegrenzte Mittel verfügt. Die mehrheitlich sozialistischen Führer sind empfindlich gegenüber jeder Kritik, möge sie gerechtfertigt oder ungerchtfertigt sein, mit der die Linke sie überschüttet hat. Wir fürchten, in der von ihnen angeschlagenen Tonart bitterer Parteifehde sind sie den Anschlägen der Staatsbeamten und Beamten in ihrer Umgebung zum Opfer gefallen. Vor drei Wochen, als Koste in einer Versammlung zur Winternachtsstunde im Ministerium seinen Stab aufrief, gemeinsam mit ihm die Berliner Garnison gegen Büttow und die Meuterer zu führen, waren nur zwei Offiziere bereit, ihm zu folgen. Heute leitet dieser selbe Stab einen blutigen Bürgerkrieg gegen die Arbeiter, die die Republik retteten.“

Der Schluß des Artikels sucht die Konsequenzen aus dieser Lage für die Stellung der Entente zu Deutschland zu ziehen.

„Es war ein ungeheurer Irrtum, Deutschland ein Söldnerheer aufzufuzingern, und beinahe in jeder deutschen Zeitung, die wir öffnen, ob sozialistisch oder liberal, finden wir, daß die Anfänge des Junkerputsches auf dieses Verleumdung dieses Söldnerheeres zu verweisen, ein Verleumdung, der dem Antihochschamitismus des Heron Churchill zuguschrieben ist. Von dem Frieden der Erdrosselung, der Verlängerung der Blockade und der Unfähigkeit, wirtschaftliche Hilfsmittel zu finden, brauchen wir nicht zu sprechen. Frankreich hat jetzt all diese Irrtümer geklärt durch seinen brutalen Einbruch in das feindliche Frankreich. Wenn es versuchen wollte, den Militarismus wieder zu beleben, das deutsche Volk in wütendem Nationalismus zu einigen, dann hätte es keine sicherere Methode erfinden können. Hätte es das Unruhengebiet an der Ruhr besetzt, so wäre sein Vorgehen logischer gewesen. So wie es ist, stellt sein Vorgehen eine reine Strafmaßnahme dar. Es ist einer von den vielen Schlägen, die einem niedrigen, egoistischen Feind versetzt werden, mit dem einzigen Ziel, seinen Geist zu brechen in der Absicht, ihn um so sicherer zu seinem Schicksal zu machen, der für ihn unter dem Banner der Einheitsfront arbeiten wird. Die italienische Presse hat freimütig erklärt, daß Frankreich durch dieses geordnete Vorgehen dem Bündnis ein Ende gesetzt habe. Das Bündnis hätte schon lange in einem trostlosen Völkerverband erben sollen. Moralisch hat Frankreich es verdient. An dieser rücksichtslosen Einschüchterung können wir keinen Teil haben. Die Zeit ist gekommen, mit oder ohne Frankreich, für eine positive Politik der Wiederherstellung.“

Wenn wir auch wissen, daß die Anschuldigungen, die „The Nation“ vertritt, noch nicht die herrschenden in England sind, so ist doch der vorliegende Artikel ein bedeutungsvolles Zeichen für das Wachsen der Erkenntnis in England, daß nicht ein sozialistisches Deutschland, sondern das militaristische Deutschland die Gefahr für alle Völker ist.

„Ernstige Lage“ in Breslau.

Die offiziellen „B. P. N.“ berichten aus Breslau, daß die Lage „ziemlich ernst“ sei. Die Bevölkerung sei auf die äußerste gereizt, man müsse befürchten, daß es zu weiteren Unruhen komme.

Das offizielle Bureau scheint aus einer militärischen Augenquelle geschöpft zu haben. Wenn die Lage in Breslau wirklich ernst ist, dann tragen Regierung und Militärs die Schuld daran. Vor einigen Tagen wurde der Genosse Ernst Demmig bei Breslau als Leiche aus der Oder gezogen. Die Leiche wies Schußwunden und Verletzungen der Schädeldecke auf. Ueber den Verbleib der anderen sechs Ermordeten, darunter des Genossen Schottländer, von dessen Verschleppung durch die Offiziere der Marinebrigade Loewenfeld wir bereits am 25. März berichteten, ist nichts weiteres bekannt geworden. Es kann nach allem nicht mehr dem geringsten Zweifel unterliegen, daß sie ebenso wie der Genosse Demmig einem Mordanschlag der Soldateska zum Opfer gefallen sind.

Angewöhnlich hatte das Generalkommando in Breslau sofort ein gerichtliches Verfahren eingeleitet und die größte Beschleunigung derselben angeordnet. Durch die Untersuchung erschienen auch zwei Offiziere dringend verdächtig, den Bankbeamten Boronow ermordet und beseitigt zu haben. Die Akten, die bereits vom Kommandanturgericht der Befehlshaber zur Feststellung der Verbrechen der Offiziere geschickt worden waren, wurden dort festgehalten und erst durch den energischen Protest der rechtssozialistischen „Breslauer Volkswacht“ wieder ans Tageslicht befördert.

Seitdem hat man nichts mehr davon gehört, daß gegen die Beschuldigten in irgend einer Weise vorgegangen wird. Vielmehr wurden dem von der Regierung zum Reichskommissar ernannten Demokraten Dr. Köblich, der eifrig bemüht war, energisch durchzugreifen und alle reaktionären Elemente aus den militärischen Stellen und den Behörden zu entfernen, die größten Schwierigkeiten bereitet. Auch die Regierung, die anscheinend immer noch den verlogenen Nachrichten der militärischen Stellen mehr vertraute, hemmte seine Bestrebungen. Der aus den drei sozialistischen Parteien und den Demokraten gebildete Volksgaue-Ausschuß geriet in eine unendliche Situation. Es blieb ihm nichts anderes übrig, als sich am Dienstag wieder aufzulösen. Darauf hat auch Dr. Köblich seinen Rücktritt erklärt.

Wenn jetzt die Veröfentlichung aller Parteierichtungen in Breslau aufs höchste beantragt ist, weil die Mörder immer noch frei herumlaufen und ihre reaktionären Freunde im Generalkommando das Fest in der Hand behalten, so trägt die Regierung und das Reichswehrministerium daran Schuld, die die Säuberungsaktion verhindert und den reaktionären Elementen Gelegenheit gegeben haben, in ihren alten Stellungen zu bleiben. Um so dringlicher müssen wir fordern, daß mit dieser Methode endlich gebrochen wird und eine durchgreifende Untersuchung und Bestrafung der an der Mordaffäre Beteiligten eingeleitet wird.

Der Steuerabzug vom festen Einkommen. Der § 42 und die folgenden des neuen Einkommensteuergesetzes sind bisher noch nicht in Kraft getreten. Sie bestimmen, daß das Einkommen des Steuerzahlers schon am Erwerbort der Besteuerung unverlegt. Da zur Durchführung dieser Verordnung ein großer Apparat erforderlich ist, da besondere Steuerbefehle eingerichtet und Klebarten für die Unternehmer in Millionen von Exemplaren gedruckt werden müssen, so ist die Erlösung der Ausführensbestimmungen, die durch das Inkrafttreten der Paragrafen angeordnet wird, zum nächsten Steuertermin — zum 15. Mai — noch nicht zu erwarten.

Ein Reichsgesetz über Arbeitsnachweise ist zur Regelung der Arbeitsvermittlung geplant. In der Öffentlichkeit sind darüber Mitteilungen gemacht worden, die von einer Ausschaltung der Kommunen sprechen. Solche Mitteilungen werden nunmehr vom

Reichsarbeitsministerium demontiert. Das Gesetz soll nicht an Stelle der kommunalen Arbeitsnachweise neue reichsbedeutende Arbeitsnachweise schaffen, sondern es wird sich im Gegenteil auf die Mitwirkung der Kommunalbehörden stützen und sie zu ausgedehnter Mitwirkung sowie zur Deckung der Kosten heranziehen. Der Ausnahmezustand in Elsass-Lothringen. Der sozialistische Abgeordnete Ernest Lafont hat in der Kammer eine Interpellation eingebracht über den noch immer aufrecht erhaltenen Ausnahmezustand in Elsass-Lothringen, insbesondere über die polizeilichen und gerichtlichen Unterdrückungen der elsass-lothringischen Arbeiter.

Ein Denkmal für Jaurès. Nach einer Meldung des „Populaire“ aus Le Havre soll dort ein Denkmal für Jean Jaurès errichtet werden.

Gewerkschaftliches.

Zur Erweiterung!

Wir erhalten folgende Zuschrift mit der Bitte um Abdruck: „Obwohl ich mir bewußt bin, daß die Betriebsrätegenozentrale niemals zugeben wird, während des Generalfreistreiks Betrieb gemacht zu haben, wie das von allen anderen Beteiligten bereits geschehen ist, so bin ich doch genötigt, dem Versuch entgegenzutreten, mich der Aufstellung unwahrer Behauptungen zu begeben. In der Haltung der Betriebsrätegenozentrale Kritik zu üben, birgt allerdings die Gefahr in sich, daß behauptet wird, man stelle sich in Gegensatz zum Rätebündnis. Der Appell an die Berliner Arbeiterschaft soll diese Wirkung hervorgerufen. Neu ist diese Art der Ausdrucksweise von Meinungsverschiedenheiten nicht. Mit solchen Drohungen hat man schon des öfteren von dieser Seite eine Beschlusfassung zu beeinflussen versucht. Zur Sache selbst. Daß am 19. März einstimmig in der Zentralratssitzung beschlossen wurde, die Wahl revolutionärer Betriebsräte vorzunehmen, ist vollkommen richtig. Der Beschluß konnte aber vor Abbruch des Generalfreistreiks durch den Gewerkschaftsbund und die Kfa nicht mehr zur Durchführung kommen, weil die Abhaltung von Versammlungen zur Vorbereitung dieser Wahlen durch einen Beschluß der Bezirksleiter der U. S. P., diese Versammlungen nicht abzuhalten, um einen Tag hinausgeschoben werden mußte. Daran waren die Gewerkschaftsvertreter doch nicht schuldig; es war aber durch das unglückliche Zusammenreffen beider Beschlüsse — keine Versammlungen abzuhalten (Bezirksleiter), den Generalfreistreit abzugeben (Gewerkschaftsbund und Kfa) — zu spät, ordnungsmäßige Wahlen der revolutionären Betriebsräte noch vorzunehmen. Wenn nun jetzt von der Betriebsrätegenozentrale von der Aufstellung unwahrer Behauptungen maneriert gesprochen wird, so bemerke ich dazu, daß in dem „Abwehr“-Artikel der „Freiheit“ gar nicht bestritten wird, daß die Fortsetzung des Streiks vor allem der Wahl revolutionärer Betriebsräte dienen sollte. Nur sei der Beschluß schon früher gefaßt worden. Der Beschluß der Zentralratssitzung konnte nicht mehr herangezogen werden, nachdem der Generalfreistreit am 20. März, vormittags, von den Gewerkschaften und der Kfa abgeschlossen war. Welche „anderen Gründe maßgebend“ für die Fortsetzung des Generalfreistreiks waren, das sagt uns die Betriebsrätegenozentrale nicht. Daß ich der mir gemachte Vorwurf in sich zusammen und die Betriebsrätegenozentrale wird es sich auch weiterhin gefallen lassen müssen, nachdem sie den Gewerkschaften den Kampf angelegt hat, daß wir uns gegen ihre Angriffe wehren. Ein gezieltes Zusammenarbeiten mit der Betriebsrätegenozentrale wird sich erst dann erwidern lassen, wenn in einer solchen Abwesenheit der Betriebsräte nicht nur Metallarbeiter üben, sondern auch die anderen Industriegruppen vertreten sind und infolge der persönlichen Herabsetzung wieder eine sachliche Ausdrucksweise der Meinungsverschiedenheit Platz greift.“

A. Siegle.

Die Zentral-Verkaufsstelle Berliner Metallwerke, Mühlendammstraße, hat anlässlich des Generalfreistreiks sechs ihrer kaufmännischen Angestellten die Streikfrage in voller Höhe von ihrem Lohn so niedrigen Gehalt geführt. Man ist erstaunt darüber, daß eine Firma, die wegen fehlender Konkurrenz in Groß-Berlin für ihre Fabrikate ganz enorme Preise fordert, es fertig bringt, ihre finanziell so äußerst schlecht gestellten Angestellten denart zu behandeln. Die gesamten Angestellten, empört über dieses Verhalten der Geschäftsleitung, sind deshalb am 18. April auf einstimmigen Beschluß in den Streik getreten. Wir bitten alle arbeitslosen Metallarbeiter und Kollegen, sich dieser Firma fern zu halten, da wahrscheinlich von der Geschäftsleitung versucht werden wird, Streikbrecher zu bekommen.

Zentralverband der Angestellten, Berlin SW. 61, Belle-Alliance-Straße 7/10.

Die Wäsche- und Kleidermacherinnen haben in Berlin ihre Organisation noch sehr jung und sind deshalb die Lohn- und Arbeitsbedingungen auch nicht zeitgemäß. Der unterzeichnete Verband ruft deshalb alle diese Kolleginnen auf, auch in der am Dienstag, den 20. April, abends 7 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engländer 16, stattfindenden öffentlichen Versammlung zu ihrer wirtschaftlichen Lage Stellung zu nehmen. Luise Kahler wird dort über: „Steigende Teuerung und niedrige Löhne der Wäsche- und Kleidermacherinnen“ sprechen. Aufnahme neuer Mitglieder in der Versammlung und im Verbandsbureau Engländer 19, Part.

Groß-Berlin.

Das Ende der Bahnsteigarten-Automaten.

Die Automaten für Bahnsteigarten haben ihre Schuldigkeit getan, sie sind verbraucht. Es gab eine Zeit, in der es angenehm war, aus diesen Automaten Bahnsteigarten gegen den berühmten Groschen zu entnehmen, man brauchte am Schalter nicht zu warten. Die Steigerung der Fahrpreise, die Ersetzung des Verkaufs von Bahnsteigarten, der Mangel an Kleingeld — mit Zahlen nur noch mit Papier — haben die Umbaufähigkeit dieser Apparate in Frage gestellt. Aus diesem Grunde ist der Vertrag, den die Bahndirektion mit der Gesellschaft für den automatischen Verkauf, Anhaltstraße 10, geschlossen hat, zum 1. Mai gelöst worden. Die Automatenindustrie hat mit dieser Entwicklung einen schweren Schlag erlitten. Die Folge ist, daß eine Anzahl Arbeiter krollas werden. Am schlimmsten sind die Bediensteten der Automaten daran. Seit dem 1. Oktober erhalten sie den horrenden Lohn von 87 M. pro Woche. Laut Schiedsspruch sollte er ab 1. Januar erhöht werden, wenn die Eisenbahndirektion die Pachtsumme heraufsetzen würde. Dagegen sträubte sich die Eisenbahndirektion; sie lehnte es auch ab, die Bediensteten in ihren Dienst zu übernehmen. Jetzt sind 25 Automatenfüller zum 1. Mai gekündigt worden und der Aufsichtsrat der Automaten-Gesellschaft hat ihnen eine Abfindung von 200—300 M. zugesprochen, obwohl sie durchweg eine Dividende von 15 Prozent, im Jahre 1917 noch 30 Prozent, ausgeschüttet hat. Die Automaten stehen mit 75 Pfennig zu Buch, so daß die Gesellschaft sehr wohl in der Lage wäre, größeres Entgegenkommen zu zeigen, denn als Arbeiter haben die Automaten einen höheren Wert. Es würde sehr notwendig sein, wenn der Demobilisierungsausschuß die Wähler der Gesellschaft einsehen würde, um sie darauf hinzuweisen, daß man gegen alte, gebaute Leute anders verfährt, als das hier der Fall ist. Und die Eisenbahndirektion sollte ernstlich prüfen, ob sie diese nun auf die Straße gewarteten Leute nicht übernehmen könnte.

